



# LANDTAGSPOST

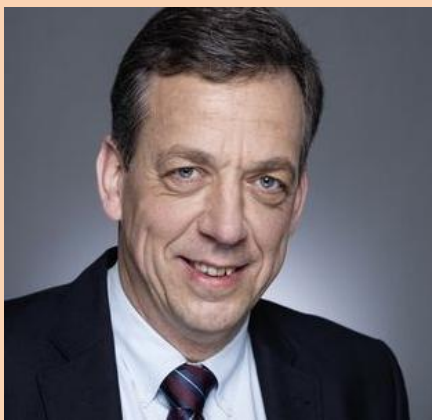
HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe Mai 2018

## EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

der Dienstag dieser Woche war für mich persönlich ein trauriger Tag. Ich habe Christina Schulze-Föcking als engagierte und äußerst kompetente Kollegin kennengelernt. Ich schätze sie sehr und alle, die sie kennen haben sich gefreut, als die von ihr über Jahre geleistete Arbeit mit der Berufung zur Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt in Nordrhein-westfalen anerkannt wurde. Was dann einsetzte war eine beispiellose „Treibjagd“ seitens einer Tierrechtlerszene (NGO), die sich zum Ziel gesetzt hatte diese Frau, Landwirtin, Ministerin und Mutter „fertig zu machen“. Ich habe – wenn auch aus einiger Entfernung – diese Kampagne verfolgt. Und um nicht falsch verstanden zu werden: In der letzten Phase wurden seitens der Ministerin unter dem massiven Druck Fehler gemacht. Aber: Der Rechtsstaat und die Mechanismen unseres Parlamentarismus waren nicht in der Lage diese Frau zu schützen. Im Gegenteil: In den sozialen Medien kann sie als Täterin tituliert werden und unsere niedersächsische Ministerin und die Bundesministerin werden im Sinne von Fahndungsplakaten in eine Reihe gestellt und dies ist alles juristisch mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. Meine Auffassung: Wenn die demokratischen Kräfte in diesem Land nicht beginnen sich vor Augen zu führen, wie der Einsatz von Überwachungstechnik gepaart mit der Sprengkraft aus der Anonymität der sozialen Medien heraus Hasstiraden zu vervielfachen und begleitet von kommerziell getriebenen Journalisten Repräsentanten unserer Demokratie an den Pranger zu stellen, dann ist unsere Demokratie in Gefahr.



## Miesner: Niedersachsen ist Tourismusland – Inklusion, Digitalisierung und Naturschutz bieten neue Chancen

**Hannover.** „Niedersachsen ist Tourismusland und hat vor allem im ländlichen Raum großes Potenzial“, so Axel Miesner, tourismuspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, im Rahmen der Plenardebatte. „Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen wollen wir die positiven Entwicklungen der vergangenen Jahre absichern und neue Chancen für den Tourismus erschließen.“

Der überwiegende Teil der jährlich 42,8 Millionen Übernachtungen findet in Beherbergungsbetrieben im ländlichen Raum statt. Neue Angebote des Sport-, Gesundheits-, Kultur- und Reittourismus können die Attraktivität touristischer Ziele im ländlichen Raum deutlich erhöhen. Hierfür soll die Förderung weiterentwickelt und die Koordination verbessert werden. Wichtig sind dabei aber auch die Aspekte Inklusion, Digitalisierung und Naturschutz. „Wir wollen erreichen, dass auch Menschen mit Behinderung alle touristischen Angebote in Niedersachsen wahrnehmen können. Gleichzeitig wollen wir, dass der Tourismus in unseren Nationalparks Wattenmeer und Harz sowie im Biosphärenreservat Elbtalau möglich bleibt und sinnvoll mit den Natur- und Umweltschutzziele verbunden wird“, betont Miesner.

Außerdem müsse gewährleistet werden, dass Tourismusgebiete hinreichend an das Mobilfunknetz sowie das schnelle Internet angebunden werden. „Funklöcher sind nicht nur zu Hause und am Arbeitsplatz ein Problem. Auch im Urlaub möchten die



Menschen nicht abgeschnitten sein“, so Miesner. Hierauf müsse das Land auch bei der Ausgestaltung der Tourismusförderung achten. Mit Blick auf die kommende EU-Förderperiode sagt Miesner abschließend: „Es wäre sehr erfreulich, wenn es gelingen würde, in der nächsten Förderperiode ab 2021 zusätzliche Mittel für die Stärkung des Tourismus zu sichern. Hierfür werden wir uns einsetzen.“

## Seefried und Dammann-Tamke: Ein guter Tag für Niedersachsens Feuerwehren

**Landkreis Stade.** „Es ist vollbracht. Mit dem beschlossenen Gesetzentwurf zur Änderung des Brandschutzgesetzes setzen wir die Wünsche der Feuerwehren in Niedersachsen zügig um. Gleichzeitig erhöhen wir die Sicherheit im Brandschutzbereich“, stellt der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried fest.



In dieser Woche hat der Landtag das neue niedersächsische Brandschutzgesetz beschlossen. „Wichtigste Änderung ist die bessere Absicherung der Kameradinnen und Kameraden durch die Einführung eines Gesundheitsfonds“, so der Abgeordnete Dammann-Tamke. Entsprechend der Wünsche des Landesfeuerwehrverbandes wird die Altersgrenze auf das 67. Lebensjahr angehoben sowie der Übungsbetrieb der Realität angepasst. So kann ausnahmsweise auch an Sonntagen geübt werden.

„Wir werden zudem eine Arbeitsgruppe einsetzen, die den Brandschutz über die nächsten Jahre zukunftsfest machen wird“, so Dammann-Tamke. „Die Strukturen und die Organisation des Brandschutzes in der Fläche, die Nachwuchsgewinnung für unsere Wehren unter Berücksichtigung des demographischen Wandels, die Stärkung des Ehrenamtes und die Anforderungen an eine zukunftsfähige Aus- und Fortbildung sind dabei die wichtigsten Schwerpunkte“, so Kai Seefried. Die Arbeitsgruppe wird dazu mit wichtigen Experten im niedersächsischen Brandschutz besetzt werden.

## Seefried: Stellungnahme CDU in Niedersachsen zu PETA



Die von PETA auf den Internetseiten von PETA veröffentlichte Anzeige in der Aufmachung eines Fahndungsplakates, auf denen die zurückgetretene NRW-Landwirtschafts- und Umweltministerin Christina Schulze-Föcking, die niedersächsische Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast und die Bundesagrarministerin Julia Klöckner zu sehen sind, kommentiert der Generalsekretär der CDU in Niedersachsen Kai Seefried wie folgt:

„PETAs Plakatkampagne ist ein nicht hinzunehmender Tiefpunkt ihrer Kommunikationsstrategie. Mit dem Untertitel „Täterin Nr. 1: weg“ werden alle drei Politikerinnen pauschal als „Täterinnen“ und „Tierqualprofiteure“ diffamiert und sozusagen „zum Abschuss“ freigegeben. Wenn militante Tierschützer so zur „Hetzjagd“ auf Politikerinnen aufrufen, dann ist eine Grenze deutlich überschritten. Dieser Stil ist menschenverachtend. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass ihre Gemeinnützigkeit dringend überprüft gehört, dann hat

PETA mit diesem geschmacklosen Plakat diesen Beweis selbst erbracht.

Für mich ist klar: PETA kann für keinen Demokraten ein ernstzunehmender Gesprächspartner sein. Zugleich mahne ich zur Vorsicht mit Filmdokumenten, die PETA für seine durchsichtigen Kampagnen regelmäßig benutzt.

Tierschutz hat für uns eine hohe Bedeutung, es muss aber Schluss mit der Diffamierung eines ganzen Berufsstandes sein. Und der Rechtsstaat darf nicht diejenigen noch finanziell fördern, die ein grundlegendes Problem mit unserer Rechts- und Wirtschaftsordnung haben.“

## Dr. Siemer: Handel ist Grundlage für internationale Zusammenarbeit – EU muss am Iran-Abkommen festhalten

**Hannover.** In einer von der CDU-Landtagsfraktion beantragten Aktuellen Stunde zu den Auswirkungen der aktuellen Iran-Politik auf Niedersachsen hat sich der CDU-Europaexperte Dr. Stephan Siemer eindeutig zum aufgekündigten Atom-Abkommen bekannt: „Wer wie die US-Administration glaubt, tiefgehende Konflikte durch einseitige Eskalation zu entschärfen oder gar zu lösen, irrt. Wir müssen die zarte Pflanze der atomaren Abrüstung schützen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit gerade im Nahen Osten stärken. Handel ist die Grundlage dafür, Menschen, Unternehmen und Länder zusammenzubringen. Die einseitige Aufkündigung des Atom-Abkommens destabilisiert die fragile Lage in der Region hingegen weiter, gefährdet die weltwirtschaftliche Entwicklung und hilft in keiner Weise, die Menschenrechtssituation im Iran zu verbessern.“



Siemer verwies auf die traditionell guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Niedersachsen und dem Iran: Noch im Jahr 2008 habe Niedersachsen Waren im Wert von 612 Millionen Euro ausgeführt, vor allem Güter der Erdöl- und Erdgasbranche, Maschinen und Kraftfahrzeugteile, chemische Produkte und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Mit der Verhängung weitreichender Sanktionen war das Handelsvolumen um mehr als 80 Prozent eingebrochen. „Das Iran-Abkommen und die Aussetzung der Wirtschaftssanktionen haben die Beziehungen beider Länder wieder gestärkt. Auch wenn wir noch weit entfernt von den früheren Werten sind: Das Handelsvolumen hat sich seit 2015 wieder mehr als verdoppelt.“ Für die CDU sei es daher unerlässlich, dass die im Iran tätigen Unternehmen weiter Unterstützung durch die EU erhalten, indem sie den Sanktionsandrohungen der USA unmissverständlich entgegentritt und Zahlungswege schützt. Auch müsse die niedersächsische Repräsentanz in Teheran erhalten bleiben: „Es war richtig, dass Niedersachsen vor zwei Jahren eine eigene Vertretung etabliert hat, um die Wirtschaft zu unterstützen. Wir wollen auch weiter den Austausch zwischen Niedersachsen, Deutschland und dem Iran auf breiter Basis fördern“, so Siemer.

## Schünemann: Größtmögliche Sicherheit und Ordnung in Freiheit für unsere Bürgerinnen und Bürger



**Hannover.** „Die Sicherheit ist ein fragiles Gut. Sie zu bewahren ist Aufgabe der Landespolitik. Wir wollen größtmögliche Sicherheit und Ordnung in Freiheit für unsere Bürgerinnen und Bürger“, erklärte CDU-Innenexperte Uwe Schünemann bei der Debatte zur Einbringung des neuen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes im Niedersächsischen Landtag.

„Die sicherheitspolitischen Herausforderungen haben sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt und verschärft. Islamistischer Terrorismus, organisierte Kriminalität und Bedrohungen im Cyberraum stellen die Sicherheitsbehörden vor enorme Herausforderungen. Mit dem neuen Polizeigesetz geben wir ihnen nach jahrelangem Stillstand und grünen Blümenträumen einen effektiven Maßnahmenkatalog an die Hand“, so Schünemann. Mit der Quellen-Telekommunikationsüberwachung, der Online-Durchsuchung, der elektronischen Fußfessel und der Ausweitung der Präventivhaft schaffe die Regierungskoalition einen modernen gesetzlichen Handlungsrahmen, der effektives polizeiliches Handeln ermögliche.

„Herrschte in der vergangenen Legislaturperiode Misstrauen gegen unsere Polizei, sagen wir jetzt „Danke“ für ihren Dienst. Während gerade von den Grünen versucht wurde, bürokratische Hürden gegen die Polizeiarbeit zu schaffen, erweitern wir die Kompetenzen der Polizei“, so der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende. Dazu gehöre auch die Einführung des Begriffs der „schweren organisierten Gewaltstraftat“.

„Das alles beweist, dass die Koalition nicht nur handlungsfähig ist, sondern auch effektiv und gut zusammenarbeiten kann und in kürzester Zeit dem Parlament ein modernes Polizeigesetz vorgelegt hat, das bis Ende des Jahres beraten und beschlossen wird. Wir stärken damit die Sicherheit aller Menschen in Niedersachsen“, stellt Schünemann fest.



## TERMINE KAI SEEFRIED

**19. Mai 14 Uhr**

Eröffnung Pfingstmarkt in Neukloster

**23. Mai 19.30**

Jahreshauptversammlung CDU OV Bütz

**26. Mai 9.30 Uhr**

SoVD Kreisverbandstagung in Stade

**26. Mai 11 Uhr**

Deutscher Kinderschutzbund LV Nds. in

**26. Mai 14 Uhr**

Zuhörtour Annegret Kramp-Karrenbauer

**28. Mai 9 Uhr**

Bürgerfrühstück in Fredenbeck

**3. Juni 15 Uhr**

Scheunentalk in der Kulturscheune Dro

**10. bis 17. Juni**

Woche der CDU des CDU KV Stade

**17. Juni**

Sommerfest CDU KV Stade

## TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

**19. Mai 14 Uhr**

Eröffnung Pfingstmarkt in Neukloster

**26. Mai 9.30 Uhr**

SoVD Kreisverbandstagung in Stade

**26. Mai 11 Uhr**

Deutscher Kinderschutzbund LV Nds.  
in Stade

**27. Mai 10 Uhr**

Mitgliederversammlung  
Anglerverband Niedersachsen in  
Wallenhorst

**9. Juni 9.30 Uhr**

CDU-Bezirksparteitag in Grasberg

**17. Juni 11 Uhr**

Sommerfest CDU Kreisverband Stade  
in Stade

*Die hier dargestellten Termine sind nur  
eine kleine Auswahl der Termine der  
beiden Landtagsabgeordneten.*

## Pieper: Frauen und Mädchen schützen – Istanbul-Konvention muss weiter umgesetzt werden

**Hannover.** „Jede vierte Frau erlebt in ihrem Leben mindestens einmal Gewalt, vor allem durch einen Lebenspartner“, so die CDU-Landtagsabgeordnete Gudrun Pieper. „Jeder Fall ist einer zu viel. Wir müssen alles dafür tun, dass Frauen und Kinder gewaltfrei leben können.“ Gewalt gegen Frauen sei ein schwerwiegendes und ernstzunehmendes Problem, so Pieper im Rahmen der aktuellen Landtagsdebatte. „Frauenhäuser sind ein sicherer Ort für Frauen, die Beratung und Unterstützung benötigen. Aus diesem Grund muss die Arbeit der Frauenhäuser in Niedersachsen weiter gestärkt und unterstützt werden.“

Die Regierungskoalition führt bereits Maßnahmen durch, um die Situation für Frauenhäuser zu verbessern. „Es ist aber unsere Aufgabe, die Istanbul-Konvention weiter umzusetzen und die bestehenden Hilfsangebote bedarfsgerecht weiterzuentwickeln“, betont Pieper. Mit der Istanbul-Konvention, ein Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt, habe sich Deutschland verpflichtet, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten und Gewalt zu verhindern. „Hilfe und Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht. Wir alle, Gesellschaft, Bund, Länder und Kommunen, müssen gemeinsam daran arbeiten, dieser Daseinsvorsorge mit allen Mitteln nachzukommen.“

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Kai Seefried MdL  
Helmut Dammann-Tamke MdL

### Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade  
Am Hinterdeich 4  
21680 Stade

### Kontakt

E-Mail: [mail@kai-seefried.de](mailto:mail@kai-seefried.de)  
E-Mail: [wahlkreisbuero@dammann-tamke.de](mailto:wahlkreisbuero@dammann-tamke.de)  
Telefon: 04141/ 5186-11

**Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!**

### Weitere Infos:

[www.kai-seefried.de](http://www.kai-seefried.de) oder [www.dammann-tamke.de](http://www.dammann-tamke.de)